

Ergebnisprotokoll

Thema:	Jugendwerkstätten		
Datum: 6. Oktober 2011	Ort: Hannover	Uhrzeit (von – bis): 16.30 - 19.00 Uhr	
Besprechungsleitung: St Pott, Niedersächsisches Mi- nisterium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integra- tion	Teilnehmer/innen: siehe Teilnehmerliste	Verfasser: Weger	
Protokoll erstellt am: 24. Oktober 2011	Verteiler: St Hoofe, ALin II, UAL IIc, IIc4, IIc5, IIb1; IIb 2		
Anlagen:			

Besprechungsergebnisse:

TOP Nr.:	Aufgabe / Ergebnisse
1.	<p><u>Begrüßung</u></p> <p>Herr St Pott, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Besprechung. Mit den Gesprächen auf den verschiedenen Ebenen wird ein geordnetes Verfahren zur Fortführung der Förderung der Jugendwerkstätten in Niedersachsen in die Wege geleitet. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird diesen Prozess steuern und begleiten. Bereits am 23. September 2011 hat ein Gespräch mit den Jobcentern Niedersachsens in guter Atmosphäre stattgefunden.</p> <p>Herr Weiland, Unterabteilungsleiter Ilc (Grundsicherung für Arbeitsuchende) im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, betonte, dass Ziel des Umsteuerungsprozesses sein müsse, die Förderung der Jugendwerkstätten auf eine rechtlich einwandfreie Grundlage zu stellen. Dafür setzen sich BMAS, das Land Niedersachsen und die Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen gemeinsam ein. Hierzu sollen in einer Arbeitsgruppe die neuen Möglichkeiten der Förderung von Maßnahmen in Jugendwerkstätten erarbeitet und sich daraus ergebene Fragen beantwortet werden. In der Arbeitsgruppe sind vertreten: BMAS, Regionaldirektion, Nds. Sozialministerium, fünf Jobcenter (gemeinsame Einrichtungen und zugelassene kommunale Träger), sechs bis acht</p>

	<p>Vertreter der Träger von Jugendwerkstätten, kommunale Spitzen, LAG JAW und die NBank. Der moderierte Prozess sollte bis zum Inkrafttreten des Gesetzes am 01. April 2012 abgeschlossen sein.</p> <p>Der Prozess in Niedersachsen strahlt auch auf andere Bundesländer mit ähnlichen Einrichtungen zur Förderung von Jugendlichen mit besonderen Problemlagen aus.</p>
2.	<p><u>Bericht zum Stand des Gesetzgebungsverfahrens zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt und möglicher Auswirkungen auf die Förderung von Jugendwerkstätten</u></p> <p>Das Gesetz wurde am 23. September 2011 in 2. und 3. Lesung vom Bundestag verabschiedet. Es wurden weitere Verbesserungen für Langzeitarbeitslose und für junge Menschen, deren berufliche Eingliederung auf Grund von schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen besonders erschwert ist, erreicht:</p> <ul style="list-style-type: none"> • § 16 Abs. 3 SGB II neu i. V. m. § 45 SGB III neu: Möglichkeit, insgesamt 12 Wochen in Betrieben zu arbeiten, • § 16f SGB II neu: Aufhebung des Aufstockungs- und Umgehungsverbot für junge Menschen, deren berufliche Eingliederung auf Grund von schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen besonders erschwert ist), • Einsatz von bis zu 20 Prozent der Eingliederungsmittel für §§ 16e und 16f SGB II, • Kein Höchstbetrag als Maßnahmenkostenpauschale für Arbeitsgelegenheiten (§ 16d neu). Es werden die Kosten erstattet, die unmittelbar mit der Verrichtung der Arbeit zusammenhängen. <p>Damit wird der SGB II-Personenkreis nicht „abgehängt“. Das gemeinsame Engagement bei den Jugendwerkstätten von Bund und Land soll durch die Instrumentenreform nicht beendet werden. Die Instrumentenreform heißt daher nicht Wegfall der Förderung von Maßnahmen in Jugendwerkstätten, sondern eine Förderung auf andere rechtliche Grundlagen stellen.</p>
3.	<p><u>Perspektiven für die weitere Förderung</u></p> <p>Arbeitsgelegenheiten sind nicht das geeignete Instrument für die berufliche Eingliederung junger Menschen. Sie sind ultima ratio und insbesondere für Jugendliche nur einzusetzen, wenn keine geeignetere Fördermöglichkeit besteht. Eine individuellere, ausbildungs- und arbeitsmarktnähere Förderung ist über § 45 SGB III neu möglich.</p>

Die Neufassung ermöglicht ein ganzheitliches Angebot. Daher ist eine Umsteuerung erforderlich.

Alle bis zum 31. März 2012 ausgesprochenen Förderungen basieren auf dem aktuellen Recht (§ 16d SGB II/ § 16 SGB II i. V. m. § 46 SGB III). Da die Förderungen in der Regel eine einjährige Laufzeit haben und so die nach altem Recht bewilligten Maßnahmen bis weit in das Jahr 2012 oder in das Jahr 2013 reichen, bleibt genügend Zeit für eine flexible Umstellung auf die neuen Anforderungen.

Mit der Ausweitung der Tätigkeit in einem Betrieb (Praktikum) auf bis auf 12 Wochen im Rahmen von § 16 SGB II i. V. m. § 45 SGB III neu besteht ausreichend Raum für eine praktische, ausbildungs- und arbeitsmarktnahe Gestaltung. Für die Stabilisierung nach der Integration in Ausbildung oder Arbeit würde neu bspw. auch ein Coaching ermöglicht.

Mit der Umstellung verbunden ist eine Zertifizierung, die künftig für alle Träger von Arbeitsmarktdienstleistungen erforderlich ist. Dies gilt unabhängig davon, ob sie an Ausschreibungen teilnehmen oder Gutscheinmaßnahmen anbieten wollen. Die Zulassung von Trägern und Maßnahmen erfolgt – wie bisher im Bereich der Förderung der beruflichen Weiterbildung – durch fachkundige Stellen, die in den Formen des Privatrechts als unabhängige Sachverständige handeln. Bei den verschiedenen Zertifizierungsstellen sind Preisunterschiede möglich. Die Kosten können aber angemessen auf die Maßnahmekosten umgelegt werden.

Angesprochen wurde auch die Möglichkeit der freihändigen Vergabe wegen vorteilhafter Gelegenheit/Alleinstellungsmerkmal.

Die Richtlinie zu Jugendwerkstätten des Landes Niedersachsen läuft am 31. Dezember 2013 aus. Ziel der Landesregierung ist es, die Jugendwerkstätten auch über 2013 hinaus zu fördern. Die Jobcenter befürworten grundsätzlich die Fortführung der in den Jugendwerkstätten angebotenen Maßnahmen. In welchem Umfang und mit welchen Inhalten das Angebot der Jugendwerkstätten benötigt wird, richtet sich nach dem örtlichen Bedarf, den Anforderungen des Arbeitsmarktes und den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln. Auch wird bei den Kommunen eine Verantwortung für benachteiligte junge Menschen gesehen. Der Umstellungsprozess auf andere Förderinstrumente des SGB III (i. V. m. § 16 SGB II) bietet die Chance der Weiterentwicklung von Jugendwerkstätten. Im Vordergrund stehen Qualität und klare Ausrichtung auf die Integration in den allgemeinen Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt. So soll im Rahmen

	<p>des moderierten Prozesses geprüft werden, wie eine qualitative Optimierung der Jugendwerkstätten erreicht werden kann.</p> <p>Klares Signal an die Träger und Jobcenter: Mit der Nutzung der alten Fördermöglichkeiten bis zum 31. März 2012 besteht ein angemessener Übergangszeitraum, um die Voraussetzungen für eine Förderung nach § 16 SGB II i. V. m. § 45 SGB III neu zu schaffen; insbesondere um die bei einer Förderung nach § 45 SGB III erforderliche Trägerzulassung nach SGB III / SGB II zu erlangen.</p>
4.	<p><u>Erste Fragen und Anmerkungen</u></p> <p>Komplex Trägerzulassung nach § 176 i. V. m. § 178 SGB III neu</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine Trägerzulassung ist aufwändig, erfordert umfangreiche Vorbereitungsarbeiten und kontinuierliche Begleitung durch externen Sachverstand • die genannten Zulassungskosten von 2.000 - 4.000 Euro sind daher in der Realität viel höher • das Zulassungsverfahren dauert viel länger als die genannten 2 bis 4 Monate <p>→Hinweis BA; BMAS:</p> <p>Ziel des Zulassungsverfahrens ist, die Qualität von Arbeitsmarktdienstleistungen zu verbessern. Dieses Ziel muss für alle Träger gelten, egal ob groß oder klein. Gleichwohl werden die Interessen der Träger im angemessenen Rahmen berücksichtigt, denn eine Marktbereinigung zu Ungunsten guter kleiner Träger ist nicht gewollt. Daher wurde das bisher bei der Förderung der beruflichen Weiterbildung praktizierte Zertifizierungs- bzw. Zulassungsverfahren weiterentwickelt und hinsichtlich des Prüfaufwands vereinfacht. Insbesondere wird die Gültigkeit der Zulassung von bislang drei auf künftig fünf Jahre verlängert. Außerdem müssen die fachkundigen Stellen künftig die Kalkulation ihrer Preise für die Prüfung von Trägern und Maßnahmen in einem transparenten Verfahren ermitteln. Damit soll zum einen erreicht werden, dass insbesondere bei kleineren Trägern der geringere Prüfaufwand bei der Kostenberechnung berücksichtigt wird.</p> <p>Darüber hinaus ist für Träger bei Maßnahmen nach § 45 Abs. 3 SGB III eine Zulassung bis einschließlich 31. Dezember 2012 nicht erforderlich. Diese Übergangszeit ermöglicht es, sich auf die neue Rechtslage einzustellen und rechtzeitig eine Zulassung zu beantragen und zu erhalten.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Herr St Pott regt eine Vereinbarung aller Beteiligten an, nach der eine fehlende

Trägerzulassung nicht zu Förderbrüchen führen darf.

→Hinweis BA, BMAS:

Hierzu dürfte es nicht kommen, denn bei sinnvoller Nutzung der großzügig bemessenen Übergangsphase sollte regelmäßig die Erlangung der Trägerzulassung möglich sein. Daher sind die Träger der Jugendwerkstätten aufgefordert, nach Inkrafttreten des Gesetzes zügig die erforderlichen Schritte einzuleiten. Weitere Detailfragen sind in der Arbeitsgruppe zur weiteren Förderung der Jugendwerkstätten zu erörtern.

- Wie gestaltet sich die Trägerzulassung, wenn eine Kommune selbst Zuwendungsempfänger und damit Träger einer Jugendwerkstatt ist?

→Hinweis BMAS:

Diese Frage ist in der Arbeitsgruppe zu klären.

Komplex Inhaltliche Ausgestaltung

- Warum erfolgt seitens BMAS eine so starke Fokussierung auf die Förderung über § 45 SGB III neu? Die hierüber möglichen Inhalte sind nicht das, was die jungen Menschen brauchen, die häufig schon Maßnahmekarrieren hinter sich haben. Jugendwerkstätten verfolgten durch die Verknüpfung von Betreuung, Lernen und sinnstiftender Beschäftigung bisher einen anderen Ansatz.

→Hinweis BMAS:

§ 45 SGB III neu bietet umfassende Möglichkeiten für eine ganzheitliche Betreuung im Rahmen auch länger andauernder Maßnahmen. Es geht nicht um die Einrichtung von kurzlaufenden Maßnahmen, wie sie von vielen jungen Menschen u. U. bereits durchlaufen wurden, sondern um die Bereitstellung eines langfristig angelegten umfassenden Betreuungsangebotes. Hierfür bietet § 45 SGB III neu umfassende Möglichkeiten. Auch die Berücksichtigung des Aspektes „Arbeiten“ kann mit § 45 SGB III neu umgesetzt werden. Zum einen ermöglicht die für SGB II-Jugendliche (U 25) mit schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen erweiterte Förderdauer von 12 Wochen eine betriebliche Tätigkeit unter arbeitsmarktnahen Bedingungen, zum anderen könnten zeitlich unbegrenzt praktische Tätigkeiten im Rahmen z. B. von Übungswerkstätten zur Aktivierung und Stabilisierung umgesetzt werden (jedoch nicht zur Qualifizierung über acht Wochen hinaus). Einzelfragen zu Kombinationsmöglichkeiten sollten in der Arbeitsgruppe erörtert werden.

- Ist die Förderung von Hauptschulabschlüssen im Rahmen von Maßnahmen nach § 45 SGB III-neu möglich?

→Hinweis BA:

Die Förderung zur Vorbereitung auf das Nachholen des Hauptschulabschlusses ist wie bisher ausschließlich im Rahmen berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen nach dem SGB III bzw. im Rahmen der Förderung beruflicher Weiterbildung möglich. Die Vermittlung allgemeinbildender Inhalte im SGB II kann in Kombination mit anderen Inhalten in begrenztem Umfang ein Bestandteil von Maßnahmen nach § 45 SGB III neu sein.

Komplex Vergaberecht

- BA und BMAS haben wiederholt auf die Möglichkeiten der freihändigen Vergabe hingewiesen. Wie konkret sieht die Prüfung des Alleinstellungsmerkmals / der vorteilhaften Gelegenheit aus? Welche Voraussetzungen müssen für die freihändige Vergabe erfüllt sein?

→Hinweis BA:

In Verbindung mit der ESF-Finanzierung ist eine freihändige Vergabe vorstellbar, wenn es sich insgesamt um ein wirtschaftliches Angebot handelt. In den gemeinsamen Einrichtungen würde das Regionale Einkaufszentrum das Vergabeverfahren im Auftrag des jeweiligen JC durchführen.

Das Land Niedersachsen weist darauf hin, dass Hinweise für eine einheitliche Handhabung der freihändigen Vergabe i.V.m. der ESF-Kofinanzierung für die Jobcenter erarbeitet und weitergeben werden sollten. Entsprechende Fragestellungen sind auch im Rahmen der Arbeitsgruppe zu erörtern.

- Warum wird zur Vermeidung von Ausschreibungen nach Vergaberecht nicht die Möglichkeit der Leistungsvereinbarung nach § 17 Absatz 2 SGB II genutzt?

→Hinweis BMAS:

§ 17 Absatz 2 SGB II ist keine Ausnahmeregelung zur Geltung des Vergaberechts. Die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende haben als öffentlicher Auftraggeber das Vergaberecht anzuwenden, wenn sie Träger mit der Durchführung von Arbeitsmarktdienstleistungen beauftragen. § 17 Absatz 2 SGB II definiert lediglich Mindestanforderungen für entsprechende Leistungsverträge.

Sonstiges

- Welchen Anreiz sollten Jobcenter angesichts der eingliederungsorientierten Steuerungslogik der BA haben, die Jugendwerkstätten weiterhin zu fördern?

→Hinweis BMAS:

Die Schwerpunktsetzung in der Eingliederungsarbeit wird sich immer stärker in Richtung der Unterstützung von Menschen mit erheblichen Einschränkungen

	<p>gen verschieben. Vorrangiges Ziel wird es nicht mehr sein, die arbeitsmarktnahen Personenkreise mit wenig Aufwand einzugliedern, sondern vielmehr die schwer vermittelbaren Personenkreise mit dem erforderlichen Mitteleinsatz ganzheitlich auf dem Weg in Beschäftigung zu unterstützen. Diese veränderte Schwerpunktsetzung wird mittelfristig auch in der Zielvereinbarung zwischen BMAS und BA eine noch stärkere Berücksichtigung finden. Bereits jetzt kommuniziert das BMAS entsprechende Erwartungen an die Jobcenter und unterstützt aktiv entsprechende Neuausrichtungen in der Eingliederungsarbeit der Jobcenter. Die Jugendwerkstätten können hierbei einen wichtigen Beitrag zur Integration von jungen Menschen mit Vermittlungshemmnissen leisten.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wie gewährleistet das BMAS, dass die Jobcenter auch entsprechend handeln und die Förderung fortsetzen? <p>→Hinweis BMAS:</p> <p>Das BMAS steht mit der RD Niedersachsen / Bremen in ständiger enger Kommunikation. Die RD gewährleistet die entsprechende Kommunikation in die Fläche. Der gegenwärtige moderierte Prozess gewährleistet durch die Beteiligung der Jobcenter bereits ein hohes Maß an Transparenz. Gleichwohl liegt die Entscheidung über die weitere Förderung letztlich vor Ort bei den Jobcentern. BA-Ergänzung: Bei der Förderentscheidung sind auch die gegenwärtigen positiven Entwicklungen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie die deutlich reduzierte Anzahl der potenziellen Teilnehmer/-innen zu berücksichtigen. So hat sich die Zahl der arbeitslosen unter 25-Jährigen in Niedersachsen im September 2011 im Vergleich zum September 2007 von 41.000 auf 26.000 verringert.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Warum stellt das Land Niedersachsen so hohe bürokratische Anforderungen an die Abwicklung der Projektförderung? <p>→Hinweis Land Niedersachsen:</p> <p>Die EU hat in Niedersachsen eine deutlich zu hohe Fehlerquote bei der Abrechnung von ESF-Mitteln festgestellt. Zum Abbau dieser Quote musste das Land entsprechende Maßnahmen ergreifen und die Prüfanforderungen erhöhen. Gelingt die Rückführung der Fehlerquote nicht, drohen dem Land Niedersachsen Rückzahlungen an die EU.</p>
<p>5.</p>	<p><u>Weiteres Vorgehen</u></p> <p>Das Protokoll wird nach erfolgter Abstimmung über das Land Niedersachsen an die Träger der Jugendwerkstätten übersandt.</p> <p>Die Träger der Jugendwerkstätten benennen aus ihrem Kreis 6 - 8 Vertreter für die</p>

	<p>Teilnahme an der Arbeitsgruppe Jugendwerkstätten (ist zwischenzeitlich erfolgt).</p> <p>Es erfolgt zu gegebener Zeit eine erneute Zusammenkunft in großer Runde, um die in der Arbeitsgruppe erzielten Ergebnisse zu kommunizieren. Die Transparenz zu relevanten Zwischenergebnissen der Arbeitsgruppe wird abgestimmt durch die jeweiligen verantwortlichen Vertreter der einzelnen Gruppen (BMAS, MS, RD) sichergestellt</p> <p>Das Land Niedersachsen lädt rechtzeitig zur ersten Arbeitsgruppensitzung ein. Termin: 31.10.2011</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------